

Strategieworkshop zu wahlrechtlichen Themen am 24. September 2023 von 10 bis 14 Uhr in Berlin

Zusammenfassung / Ergebnisse

A) Aufwärmrunde: Die Teilnehmer/innen erzählen, wie ihnen die Wahlrechtstagung am Vortag gefallen hat.

B) Vorstellungsrunde:

Die Teilnehmer/innen stellen sich kurz vor: Joachim Winters, Corinna Pertsch, Monika Wipper, René, Bianca Schubert, Martin Wilke, Mike Lefild, Christian Johnsen, Yvonne Plaul, Martin Wiesemes, Maria Heß, Thomas Kuhn, Joachim Lund, Markus Hutter, Björn Benken, Harald Twupack.

C) Was wollen wir im Wahlrecht verbessern? => freie Diskussion:

- „Die Klage von Mehr Demokratie gegen die 5%-Hürde ist wichtig.“ (M.L.)
- „Wir brauchen mehr empirische Forschung zu diesem Thema.“ (M.He)
- „Das Hamburger Wahlrechtsmodell ist sehr interessant.“ (T.K.)
- „Beim Thema Wahlrecht sind Politiker befangen.“ (B.S.)
- „Es sollte die Option geben, Listenverbindungen einzugehen.“ (C.J.)
- „Die Leute müssen vor allem verstehen: Ich muss wählen gehen!“ (M.Wip.)
- „Man muss als erstes die Frage demokratischer Legitimation stellen.“ (R.)
- „Die ‚Sonntagsfragen‘ sollten abgeschafft werden.“ (J.W.)
- „Die Sperrklausel ist ein Mythos... sie steht nicht im Grundgesetz“ (M.Hu.)
- „Ein Vorher-Nachher-Vergleich wäre hilfreich: Wann wurden wo welche Sperrhürden abgeschafft und welche Folgen hatte das?“ (M.Wil.)
- „Gerichtsentscheidungen sind keine Demokratisierungsprozesse.“ (Y.P.)
- „Warum schließen sich kleine Parteien nicht zu 1 großen zusammen?“ (J.L.)
- „Man sollte die Wahlomat-Ergebnisse mal mit echten Wahlergebnissen vergleichen.“ (C.J.)
- „Man sollte die Leute fragen, warum sie nicht mehr wählen wollen.“ (B.S.)

D) Strategien und Instrumente => Sammlung von Ideen am Flipchart

„**Wie könnte man z.B. die Ersatzstimme voranbringen?**“ – Ergebnis:

- 1.) Volksentscheide
- 2.) Bürgerräte
- 3.) Etablierte Parteien überzeugen
- 4.) Interne Anwendungen bei Parteien etc.
- 5.) Erklär-Werkzeuge in einfacher Sprache (z.B. Video, Flyer)
- 6.) Umfrage zur Sperrklausel / Probe-Abstimmung
- 7.) Demokratielabor
- 8.) Kleinparteienbündnisse
- 9.) Storytelling

E) Mögliche Umsetzung der Strategien => Diskussion:

zu 1.): Martin Wilke berichtet, dass er 2008 mit Mehr Demokratie das **Volksbegehren** für ein besseres Wahlrecht in Berlin mit-organisiert hat. Der Senat hätte es auf der ersten Stufe als unzulässig abgelehnt, vor Gericht hätten sie Recht bekommen... aber da war der Zeitplan nicht mehr zu retten. Man müsse schauen, welche Bundesländer sich am besten eignen. Vielleicht könne man in einem Zwischenschritt mit ca. 1.000 Erst-Unterstützern einen Probelauf machen. Auf jeden Fall bräuchte man sehr gutes Erklärmaterial.

zu 2.): Ob ein Wahlrechtsthema wie die Ersatzstimme für einen **Bürgerrat** geeignet ist, wird überwiegend skeptisch beurteilt. Laut Joachim Lund bräuchte es mehr Transparenz und mehr echten Einfluss, laut René müsste es „Losglück-Bürgerrat“ heißen. Bianca Schubert kritisiert, dass Bürgerräte nicht gesetzlich implementiert seien.

zu 3.): Yvonne Plaul berichtet, dass der Obmann von Bündnis90/Die Grünen in der Wahlrechtskommission erklärt hätte, der Drops auf Bundesebene sei gelutscht, es würde keine Nachbesserungen am Wahlrecht mehr geben. Sie selbst sei von den Experimentierklauseln im Kommunalwahlrecht angetan und möchte sich künftig parteiintern dafür einsetzen. Sie gibt den Tipp, Kontakte zu Arbeitskreisen und ähnlichen Parteigremien aufzubauen, weil dort die Sacharbeit geleistet wird. Joachim Winters ergänzt, dass auch die Veranstaltungen der parteinahen Stiftungen ein gutes Pflaster zum Vernetzen seien. Martin Wilke schlägt vor, die **großen Parteien** zu einer Positionierung zu drängen und z.B. zu fragen, ob sie auch gegen Stichwahlen bei Bürgermeisterwahlen seien. Auch große Parteien hätten ja Vorteile von der Ersatzstimme. Man könnte z.B. Landtagswahlergebnisse dahingehend analysieren, welche Partei von der Existenz eines Ersatzstimmensystem profitiert hätte. Björn Benken zitiert eine Antwort von Sebastian Hartmann, der behauptet, die SPD sei gegen die Ersatz-Zweitstimme, weil sie die großen Parteien bevorzuge. In Wahrheit dürfte es ihm aber um sein zweites Argument gehen: die Befürchtung, die bisherigen SPD-Wähler/innen könnten meinen, sie hätten in der ersten Runde einen „Freischuss“ – und würden dann eine kleine Partei wählen.

zu 4.): Christian Johnsen findet den Gedanken überzeugend, mit der Integrierten Stichwahl den Fuß in eine Tür zu bekommen, die sich dann vielleicht auch irgendwann für die Ersatzstimme öffnet. Björn Benken hat für **Vorstandswahlen in Parteien und Vereinen** eine Vorlage entwickelt, wie man dieses Wahlverfahren in eine Satzung/Geschäftsordnung integrieren kann; er bietet an, diesen Mustertext auf Anfrage zu versenden.

zu 5.): Als **Erklärwerkzeuge** kommen vor allem in Frage: ein Erklärvideo, ein Flyer („Onepager“) oder Sharepics für die Social-Media-Arbeit. Martin Wilke schlägt vor, in einem Wettbewerb nach den besten Ideen zu suchen und um die Einreichung von Beiträgen zu bitten.

Es gründet sich eine **Arbeitsgruppe**, die auch weiterhin an diesem Thema arbeiten möchte, bestehend aus Martin Wilke, Corinna Pertsch, Mike Lefild, Christian Johnsen, Harald Twupack, Martin Wiesemes und Björn Benken. Außerdem stellt sich Maria Heß zur Verfügung, um die entwickelten Materialien später einem kritischen Test zu unterziehen.

zu 6.): Björn Benken berichtet über Pläne, zur Wiederholungswahl 2023 in Berlin eine „Exit Poll“ **Umfrage** in den Wahllokalen durchzuführen. Damit sollte die Frage beantwortet werden, wie sich die Sperrklausel auf das Wahlverhalten auswirkt und welche Effekte eine Ersatzstimme haben könnte. Am Ende wurde jedoch der Aufwand als zu groß angesehen in Relation zum erwarteten Erkenntnisgewinn. Eine theoretische Alternative wäre das Umfrageinstitut Civey; aber die seien (so eine andere Teilnehmerin) „ein problematisches Format“ und außerdem sehr teuer.

zu 7.): Die Teilnehmer sehen viel Potential in der Idee, für das Austesten von Wahlrechts-Innovationen sogenannte **Demokratielabore** einzurichten. Monika Wipper bot an, Tim Weber (Bürgermeister von Ottersberg und ehemaliger Mitarbeiter von Mehr Demokratie) anzusprechen. Martin Wilke schlägt vor, die Petition in Thüringen neu zu starten, nachdem die Umsetzung im Landtag vor kurzem gescheitert ist.

zu 8.): Ein **Bündnis von Kleinparteien** gibt es bereits in Gestalt des „Forum Demokratische Vielfalt“ (www.demokratische-vielfalt.de). Ansprechpartnerin dort ist Bianca Schubert.

zu 9.): Beim **Storytelling** sind sich die Teilnehmer einig, dass dieses Thema gemeinsam mit dem Thema Erklärwerkzeuge behandelt werden müsse – idealerweise als Vorstufe zu letzterem. Die unter 5.) genannte Arbeitsgruppe inkl. Maria Heß soll sich deshalb auch dieses Bereichs annehmen.

F) Wie kann es weitergehen?

Zum Schluss der Sitzung wird vorgeschlagen, eine solche Veranstaltung zu „institutionalisieren“, sprich: regelmäßig durchzuführen. Viele der Teilnehmenden äußern Interesse an einer Fortsetzung.

Protokoll:

Björn Benken